

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5835
3001 Bern
Tel. 031 44 24 30
Fax 031 44 24 30

An die Deutschschweizer Medien



Pressedienst Nr. 1
23. März 1993

Sehr geehrte Damen und Herren

Vor Ihnen liegt der erste Pressedienst des überparteilichen "Schweizerischen Aktionskomitees gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993". Es wird Ihnen in den kommenden Wochen seine Argumente gegen die beiden Initiativen "40 Waffenplätze sind genug - Umweltschutz auch beim Militär" sowie "für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge" darlegen. **Politische Artikel** sowie **Fachbeiträge** möchten aufzeigen, warum sich das breit abgestützte Aktionskomitee entschieden gegen diese beiden Initiativen wendet und sie als Versuch wertet, die Armee in Raten abzuschaffen. Zusätzlich liegen dem Pressedienst jeweils druckfähige **Bildvorlagen** bei, die sich als Illustration für den einen oder anderen Artikel eignen.

Folgende Beiträge können wir Ihnen in diesem Pressedienst zur freien Verwendung zur Verfügung stellen:

1. Gegen eine Armeeabschaffung in Raten
Gründungscommuniqué des Aktionskomitees
2. Deutliche Abfuhr
von Ständerat Dr. Willy Loretan (FDP/AG)
3. Armeeabschaffung in Raten
von Ständerat Oswald Ziegler (CVP/UR)
4. Das Kleingedruckte lesen
von Anton Stadelmann
5. Konsequenzen tragen
von SVP-Presseschef Martin Baltisser

6. Mogelpackung
von Matthias Stadelmann

7. Patronatskomitee
Dokumentation

9. Bildmaterial

Wir danken Ihnen jetzt schon für Ihre Arbeit in diesem Abstimmungskampf und hoffen, Sie mit unserem Pressedienst darin wirksam unterstützen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Presseausschuss des
"Schweizerischen Aktionskomitees
gegen eine Schweiz ohne Schutz:
2 x Nein am 6. Juni 1993"

Anna-Marie Kappeler

Beilagen erwähnt

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5835
3001 Bern
Tel. 031 44 24 30
Fax 031 44 24 30

Pressedienst Nr. 1
23. März 1993

Gegen eine Armeeabschaffung in Raten

Gründung des "Schweizerischen Aktionskomitees gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993"

(Communiqué)

Im Hinblick auf die Volksabstimmung am 6. Juni 1993 wurde heute in Bern das überparteiliche "Schweizerische Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993" gegründet. Es wendet sich entschieden gegen die beiden Volksinitiativen "40 Waffenplätze sind genug - Umweltschutz auch beim Militär" sowie "für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge". Das "Schweizerische Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993" betrachtet die beiden Initiativen als Versuch, die Armee in Raten abzuschaffen.

Das Aktionskomitee weist mit Nachdruck darauf hin, dass sich die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) mit ihrer Anti-Flugwaffen-Initiative gegen jede Erneuerung unseres Luftschirms bis zum Ende des Jahrtausends richtet. Damit könnte die Schweiz ihren Luftraum nicht mehr verteidigen. Die Armee könnte die Bevölkerung in Krisensituationen nicht mehr wirkungsvoll schützen. Das überparteiliche Aktionskomitee, Bundesrat und Parlament können eine solche Entwicklung angesichts der unsicheren weltpolitischen Lage nicht verantworten. Sie lehnen deshalb die Initiative "für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge" entschieden ab.

Das Aktionskomitee weist ferner darauf hin, dass sich die Kosten für die Modernisierung unserer Luftwaffe auf sieben Jahre verteilen. Die Bundeskasse wird nicht zusätzlich belastet. Der Kauf von 34 neuen Kampfflugzeugen F/A-18 hat keinen Einfluss auf Steuern oder Sozialwerke.

Die zweite Initiative, "40 Waffenplätze sind genug - Umweltschutz auch beim Militär", lehnt das Aktionskomitee deshalb ab, weil sie in Zukunft bürgerfreundliche Lösungen verhindern würde. Die Grenze von 40 Waffenplätze wird nicht bestritten. Unsere Bürgersoldaten aber haben Anspruch auf einigermaßen komfortable Unterkünfte und moderne Ausbildungsanlagen. Auch bauliche Verbesserungen zur Verminderung etwa von Schiesslärm wären bei Annahme der Initiative nicht mehr möglich.

Unbestritten ist auch, dass Umweltschutz in der Armee notwendig ist. Das Aktionskomitee weist darauf hin, dass sich das EMD 1992 eine eigene, sehr strenge Umweltschutz-Verordnung auferlegt hat.

Für das "Schweizerische Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni" enthalten beide Volksbegehren Scheinforderungen, welche die eigentliche Motivation der Initianten, die Abschaffung der Armee, verdecken sollen. Aus Verantwortung auch für die kommende Generation fordert das Aktionskomitee die Stimmbürgerinnen auf, am 6. Juni 1993 zwei Nein in die Urne zu legen.

Das Aktionskomitee steht unter dem Co-Präsidium von Ständerätin Christine Beerli (FDP/BE) und Ständerat Willy Loretan (FDP/AG), Ständerat Oswald Ziegler (CVP/UR) und Nationalrat Josef Leu (CVP/LU), Nationalrätin Elisabeth Zölch (SVP/BE) und Nationalrat Otto Hess (SVP/TG) sowie Ständerat Gilbert Coutau (LPS/GE) und Nationalrat Jean-François Leuba (LPS/VD). 136 Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind dem Komitee bereits beigetreten.

(publiziert: 19. März 1993)

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5835
3001 Bern
Tel. 031 44 24 30
Fax 031 44 24 30

Pressedienst Nr. 1
23. März 1993

Deutliche Abfuhr

2 x Nein am 6. Juni zu den Selbstentwaffnungsinitiativen

FDP-Ständerat Dr. Willy Loretan, Zofingen AG

Auf schweizerischer Ebene und auch bereits in vielen Kantonen haben sich Aktionskomitees an die Arbeit gemacht, um die beiden Volksinitiativen, welche die Armeeabschaffung in Raten zum Ziel haben, die verdiente Abfuhr durch Volk und Stände erfahren zu lassen. Es geht um die Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative und um die Anti-Waffenplatz-Initiative. Die Komitees sind breit abgestützt und umfassen auch die Verbände der Schützen und der ausserdienstlich tätigen Vereinigungen.

Nur bei einer deutlichen Ablehnung der beiden je mit einer Rückwirkungsklausel versehenen Initiativen (gegen die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges und gegen den ebenfalls vom Parlament rechtsgültig beschlossenen Bau des Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen, anstelle des veralteten St. Gallen) besteht Gewähr, dass die "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee" nicht bald ihre zweite Volksinitiative auf Totalabschaffung der Armee, eine Initiative für die Abschaffung des Zivilschutzes und weitere Vorstösse lancieren wird.

Drei Gründe gegen die Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative

1. Ohne Luftschirm ist keine glaubwürdige, wirksame "dynamische Raumverteidigung" - wie sie das vom Parlament gebilligte "Armee-Leitbild 95" vorsieht - denkbar. Ohne Luftschirm können wir in Krisensituationen an der Schwelle zur Gewaltanwendung gegen unser Land und damit gegen unsere Bevölkerung nicht rasch, angemessen und wirksam reagieren.

Ohne eigenen Luftschirm für Armee und Bevölkerung wären wir sehr bald gezwungen, uns sicherheitspolitisch an andere anzulehnen. In kritischen Momenten spannt dann aber doch jedes Land den Schirm zuerst über sich selber auf und nicht über den armen Nachbarn. Es ist verantwortungslos, in der heutigen, von Unsicherheit und kriegerischen Konflikten in Europa gekennzeichneten Zeit ein Beschaffungsmoratorium in die Verfassung zu setzen, welches das endgültige

"Out" für eine militärische Landesverteidigung bedeuten würde, welche diesen Namen verdient.

2. Die Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative will ein vom Volk 1987 mit der Ablehnung des Rüstungsreferendums bestätigtes Recht des Parlamentes und eine von diesem rechtsgültig beschlossene Beschaffung durch eine ad hoc-Verfassungsergänzung rückgängig machen. Das ist Schindluderei mit unseren Institutionen, mit der Gewaltentrennung und mit der direkten Demokratie. Das darf nicht Schule machen. Hier muss das Volk "Halt" sagen! Dass eine Bundesratspartei solche Missbräuche unterstützt, ist ein Hinweis dafür, auf welchem brüchigem Fundament die "Zauberformel"-Konkordanz noch beruht.
3. Andere Länder, vor allem auch neutrale wie Finnland und Schweden, investieren z.Zt. bedeutend mehr Mittel in die Modernisierung ihrer Luftverteidigung, als wir dies zu tun beabsichtigen. Auch wir können und müssen uns - im Interesse der äusseren Sicherheit unseres Landes - den Ersatz der völlig veralteten Hunter-Flugzeuge leisten. Die 34 neuen Kampfflugzeuge F/A-18 kosten 3,495 Milliarden Franken. Dieser Betrag mag, isoliert betrachtet, hoch erscheinen. Der F/A-18 ist indessen von den evaluierten Flugzeugtypen vom Kosten-Nutzen-Verhältnis her der günstigste. Die Zahlungen verteilen sich über mindestens sieben Budget-Jahre. Der Beschaffungsaufwand, bezogen auf ein Nutzungsjahr, beträgt bei einer Einsatzdauer von 30 Jahren lediglich rund 120 Millionen Franken. Die gesamten Beschaffungs-, Betriebs- und Unterhaltskosten belasten das Bundesbudget durchschnittlich mit weniger als 0,5 Prozent jährlich.

Die Bundeskasse wird somit nicht zusätzlich belastet, und das EMD kann zusammen mit der Armee die von Bundesrat und Parlament geforderte "Friedensdividende" trotzdem erbringen. Die Beschaffung oder Nichtbeschaffung des neuen Kampfflugzeuges hat zudem keinen Einfluss auf Steuern und Sozialwerke wie AHV, Krankenversicherung usw.

In der heutigen wirtschaftlichen schwierigen Zeit darf die Beteiligung der Schweizer Industrie in die Waagschale gelegt werden. Nebst einem direkten Auftragsvolumen von rund 330 Millionen Franken werden ihr zusätzlich Ausgleichsgeschäfte im Umfang von über 2 Milliarden Franken zufließen, mit einer Auslastung von Tausenden von Arbeitsplätzen über rund zehn Jahre!

Nein auch zur Anti-Waffenplatz-Initiative

Die Annahme dieser ebenfalls aus armeefeindlichen Kreisen stammenden Volksinitiative würde eine zeitgemässe Ausbildung unserer Milizen enorm behindern. Sie will die Neuerrichtung (soche sind auf absehbare Zeit ohnehin keine vorgesehen) und Erweiterung

von Uebungs-, Schiess-, Waffen- und Flugplätzen in der Verfassung verbieten und damit den Ersatz und die Anpassung von veralteten und ausgedienten Anlagen verhindern. Für eine zeitgemässe und wirkungsvolle Ausbildung dringend nötige Ausbauprojekte könnten nicht mehr realisiert werden. Unsere jungen Soldaten könnten infolge untragbarer Ausbildungsbedingungen nicht mehr kampfgünstig geschult werden, was sich auf die Dienstmotivation verheerend auswirken würde.

Nein zur Destabilisierung unserer Sicherheitspolitik und unseres Landes

Es geht den armeefeindlichen Initianten um die Fortsetzung ihrer Bemühungen für eine totale Abschaffung des wichtigsten Instrumentes unserer Sicherheitspolitik, der Armee. Dieses Mal in Raten. Sie nehmen zur Erreichung ihres Zieles auch die Demontage unseres Rechtsstaates, unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems, wie es von der Mehrheit unseres Volkes nach wie vor getragen wird, in Kauf. Und sie wollen damit auf Europa ausstrahlen, mit einer geplanten "Initiative für eine Schweiz ohne Beteiligung an einer europäischen Militärstruktur". Eine solche "Reklame" hat unser Land nach dem Entscheid vom 6. Dezember 1992 gewiss nicht nötig!

Beide Volksinitiativen verdienen aus staatspolitischen, sicherheitspolitischen, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen eine eindeutige Absage.

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5835
3001 Bern
Tel. 031 44 24 30
Fax 031 44 24 30

Pressedienst Nr. 1
23. März 1993

Armeeabschaffung in Raten

von CVP-Ständerat Oswald Ziegler, Bauen UR

Die Volksinitiative "für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge" will in der Bundesverfassung festschreiben, dass der Bund bis zum Jahr 2000 keine weiteren (nicht nur neue) Kampfflugzeuge beschaffen darf. Die Initiative will also nicht nur die vom Parlament beschlossene Beschaffung von 34 Kampfflugzeugen des Typs F/A-18 verhindern, sondern bis Ende 1999 jede Erneuerung unserer Luftwaffe verbieten.

Die Flugwaffe ist ein Teil unserer Armee. Wer keine auf dem neuesten Stand der Technik stehende Kampfflugzeuge hat, muss auf die Luftverteidigung seines Staatsgebietes verzichten. Mit dem Verzicht auf die Luftverteidigung würden wir aber auf jedes Instrument verzichten, das am Anfang eines kriegerischen Konfliktes die äusserst wichtige Rolle der Abschreckung und später die Bekämpfung eines Gegners, insbesondere in der Luft und aus der Luft, zu spielen hätte. Der Verzicht auf eine kampffähige, moderne Flugwaffe hiesse, die Truppen und Einrichtungen am Boden, aber auch die Zivilbevölkerung sozusagen wehr- und schutzlos gegnerischen Angriffen aus der Luft auszusetzen.

Ein Wolf im Schafspelz

Die Volksinitiative "für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge" ist von der "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee" eingereicht worden. Diese will nicht nur die Anschaffung des F/A-18 verhindern, sondern ganz generell die Armee schwächen und unglaubwürdig machen, indem sie ihr die Kampfflugzeuge wegnimmt. Sie will die ganze Armee abschaffen. Dieses Ziel hat sie in einem Entwurf für einen weiteren Initiativtext kürzlich ausdrücklich und öffentlich bekräftigt. Was die "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee" 1989 mit ihrem Frontalangriff nicht erreicht hat, versucht sie nun schrittweise zu verwirklichen. Mit der Volksinitiative "für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge" wird das Endziel, die Abschaffung der Armee, ganz konsequent verfolgt. Die Flugwaffe als entscheidendes Teilsystem unserer Armee soll aufgegeben werden. Die Volksinitiative "für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge" ist eine getarnte Armeeabschaffungsinitiative.

Sicherheit nicht leichtfertig aufs Spiel setzen

Volk und Stände haben 1989 klar ja zur Armee gesagt. Diese Armee hat nach wie vor einen Auftrag. Sie kann ihren Auftrag nur erfüllen, wenn sie die entsprechenden und erforderlichen Mittel hat. Die Erfüllung dieses Auftrages erfordert Kampfflugzeuge. Die Kampfflugzeuge nützen nur, wenn sie denjenigen der möglichen Gegner überlegen oder mindestens ebenbürtig sind. Das sind die Kampfflugzeuge, die wir heute haben, nicht. Sie gehören eher in ein Museum als in die Hände eines Piloten mit einem Kampfauftrag.

Wohl hat sich Europa und Europas militärpolitische Lage in den letzten Jahren geändert. Ist aber diese Änderung tatsächlich so, dass die Schweiz auf eine eigene Armee verzichten kann? Der Friede ist auf jeden Fall noch nicht gesichert, auch nicht in Europa. Die Sicherheit unseres Landes steht auf dem Spiel. Die Initiativen der "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee" wollen nicht nur auf diese Sicherheit verzichten, sondern untergraben auch das Vertrauen des Auslandes in unsere politische Zuverlässigkeit und Stabilität. Dies um so mehr, als einmal mehr Entscheidungen der verfassungsmässig zuständigen Organe fundamental oppositionell unterlaufen werden. Parlament und Bundesrat, die für die Sicherheit dieses Landes verantwortlich sind, nicht nur für die Sicherheit von heute, sondern auch für die Sicherheit von morgen und übermorgen, empfehlen deshalb die Volksinitiative "für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge" zur Ablehnung.

"Schweizerisches Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993"

Presseausschuss
Postfach 5835
3001 Bern
Tel. 031 44 24 30
Fax 031 44 24 30

Pressedienst Nr. 1
23. März 1993

Das Kleingedruckte lesen

"Sie hätten etwas in Bewegung bringen wollen", entschuldigen sich SP-Bundesratskandidatinnen, die seinerzeit die Armeeabschaffungs-Initiative unterstützt hatten. Mit gleich schönfärberischer Propaganda verkauft jetzt die "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)", wiederum unterstützt von SPS und Linksextremen, die neuesten armeefeindlichen Initiativen. Am 6. Juni 1993 kommen sie zur Abstimmung: die Initiative "für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge" und die Initiative "40 Waffenplätze sind genug". Und wieder verbergen sich hinter diesen wohlklingenden Titeln ganz anderslautende linksextreme Anliegen. Es geht um nichts anderes als um eine Armeeabschaffung auf Raten.

So geht es bei der Initiative gegen neue Kampfflugzeuge nicht bloss um die vom Parlament beschlossene Beschaffung von 34 Kampfflugzeugen vom Typ F/A-18. Gefordert ist, dass unser Land bis zum Ende des Jahrtausends auf jede Erneuerung der Flugwaffe verzichtet und der Schweiz ein sicheres Dach über dem Kopf verboten wird. Wenn also die GSoA für die "F/A-18 Initiative" mit dem Slogan "Stop F/A-18" wirbt, betreibt sie irreführende Propaganda.

Mit der Initiative "40 Waffenplätze sind genug - Umweltschutz auch beim Militär" werden offene Türen eingerannt. Im Rahmen der Reform "Armee 95" ist bereits via neuem Militärgesetz (MG) festgelegt, dass 40 Waffenplätze der Armee genügen. Die Initiative will mehr, nämlich dass veraltete Anlagen nicht mehr ersetzt und Modernisierungen und Erweiterungen praktisch nicht mehr vorgenommen werden können. Die der militärischen Geheimhaltung unterstehenden Bauten, wie Uebermittlungsanlagen, Befestigungen oder Führungsbauten müssten sich nach kantonalen, baupolizeilichen Vorschriften richten. Die Bauten für Neuchlen-Anschwilen, die als Ersatz für die veraltete Kaserne St. Gallen erstellt und vor drei Jahren nach demokratischem Bewilligungsverfahren von den eidgenössischen Räten verabschiedet wurden, müssten abgerissen werden.

Schon einmal vergass ein Teil des Souveräns das Kleingedruckte einer Initiative aus der Rotgrünen Küche zu lesen. Das passierte bei der sogenannten "Rothenthurm-Initiative", wo mit dem Umweltschutz-Anliegen "Moorlandschaften" die Erneuerung von militärischen Ausbildungs-Anlagen verhindert wurde. Im Nachhinein stellten dann Kantone, die der Initiative mit hohem Ja-Anteil zugestimmt hatten, fest, dass sie einem radikalen Moorschutz zugestimmt hatten, der die Entwicklung ganzer Regionen verhindert. Jetzt soll das Parlament die Sache wieder ins Lot bringen. Und das alles nur, weil viele das Kleingedruckte der GSoA nicht ernst nahmen.

Am 6. Juni soll Gleiches nicht mehr passieren. Die irreführenden Anpreisungen der GSoA Begehren dürfen nicht mehr verfangen und die fein säuberlich im "Kleingedruckten" versteckten Angriffe auf die Armee und damit auf unsere Neutralität und Souveränität müssen erkannt werden. Es gilt am 6. Juni mit 2 x Nein der ratenweise Abschaffung der Armee entgegenzutreten.

Denn es stimmt nicht, was uns die Genossen um GSoA-Gründer Gross weismachen wollen, dass nämlich mit dem Fallen der Berliner-Mauer der "ewige Friede" ausgebrochen sei. Um festzustellen, dass dem nicht so ist, genügt bereits ein Blick auf Jugoslawien, die auseinanderbrechenden GUS-Staaten oder die Machtkämpfe in Moskau.

Anton Stadelmann

Pressedienst Nr. 1
23. März 1993

Konsequenzen tragen

In den letzten Monaten haben die Worte Souveränität, Freiheit aber auch Solidarität mit Europa und Verantwortung mit unseren Nachbarländern eine besondere Bedeutung gehabt. Die intensive Auseinandersetzung mit dem Ausland sollte uns jedoch zeigen, dass diesen schönen Worten auch Taten folgen müssen. Die Erhaltung einer glaubwürdigen Armee gehört dazu.

Die aussenpolitische Diskussion des letzten Jahres hat verschiedenes an den Tag gebracht. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger schätzen die Souveränität und Unabhängigkeit als wichtige und vielleicht typischste Werte unseres Landes. Die Erhaltung der eigenen Identität haben wir uns als wichtiges Ziel gesetzt. Schwerer fiel es uns jeweils, die Antwort darauf zu geben, was denn nun konkret diese Werte ausmacht?

Am häufigsten kam darauf die Antwort, dass wir uns hier eben wohlfühlen.

Wer so denkt, muss jedoch auch die Konsequenzen tragen. Sicherheit und Geborgenheit hatte und hat immer mit einem Gefühl der Sicherheit nach aussen zu tun. Diese wird durch unsere Armee gewährleistet. Das lässt sich nicht wegdiskutieren. Soll das weiter so bleiben, dürfen wir unsere Armee nicht grundsätzlich in Frage stellen.

Unüberhörbar war in den letzten Monaten auch die Beteuerung, dass uns Schweizern die Solidarität mit dem Ausland, mit Europa sehr am Herzen liegt. Wir schätzen uns gerne als weltoffen ein. Auch diese Haltung hat Konsequenzen. Das politische Umfeld in Europa ist leider in den letzten zwei, drei Jahren nicht stabiler geworden. Die politische Stabilität ist durch eine immer grössere Zahl von Konflikten gefährdet. Es existiert nur noch ein Feindbild. Das Bild eines chaotischen und menschenverachtenden Krieges, dem man wehrlos ausgesetzt ist. Beispiele gibt es leider viele. Solidarität mit unseren Nachbarn heisst für uns auch, solchen unkontrollierten Konflikten keine Chance zu geben. Dies kann in der Praxis nur durch einen starken und kompakten sicherheitspolitischen Block in Westeuropa gewährleistet werden.

Eine glaubwürdige Schweizer Armee ist unser Anteil an dieser europäischen Solidarität. Wir sind dazu verpflichtet, unseren Anteil zu tragen. Letztendlich ist eine glaubwürdige Armee auch unsere eigene Lebensversicherung gegen das Chaos eines Konfliktes. Das darf uns etwas kosten. Ueberraschenderweise gehörte ein grosser Teil der Leute, die heute mit der Flieger- und der Waffenplatzinitiative für eine Abschaffung der Armee kämpfen, zu den lautesten Verfechtern der Werte wie Solidarität und Föderalismus. Es ist einfach, für hohe Werte einzutreten und den Mund voll zu nehmen. Die Zeche zu bezahlen und die daraus resultierenden Konsequenzen zu tragen ist scheinbar nicht so

einfach. Auf weitere Ausgaben für unsere Sicherheit zu verzichten und Friede als Selbstverständlichkeit hinzustellen ist ebenso billig wie unverantwortlich. Niemand liebt die Armee. Doch sie sichert unsere meistgeschätzten Werte. Wir können nicht auf sie verzichten. Wer am 6. Juni für die beiden Initiativen stimmt, läutet eine Zeit der Unsicherheit in unserem Land ein. Denken Sie einmal darüber nach. Die unabsehbaren Konsequenzen wird dann jeder Einzelne in diesem Land tragen.

Martin Baltisser
Pressechef der SVP

"Schweizerisches Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993"

Presseausschuss
Postfach 5835
3001 Bern
Tel. 031 44 24 30
Fax 031 44 24 30

Pressedienst Nr. 1
23. März 1993

Mogelpackung

Einmal mehr will eine Gruppe radikaler Fanatiker den Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 6. Juni eine Mogelpackung verkaufen. Die "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)" behauptet zwar, es sei nicht ihr Ziel, die Armee "hinterrücks" abzuschaffen. Sie setze sich nur dafür ein, in einem finanziell ungünstigen Zeitpunkt auf den Ankauf von zu teuren Flugzeugen zu verzichten.

Die GSoA widerspricht sich indessen in mehreren Punkten gleich selber. So hat es beispielsweise im letzten Sommer noch ganz anders getönt. Wenn man die Armee nicht auf einen Schlag abschaffen könne, gehe man halt nach der Salamtaktik vor: Scheibchen für Scheibchen weg, bis nichts mehr da sei. Offensichtlich kommen GSoA-Chefstrategie Gross die pointierten Aussagen seiner Mitstreiter momentan sehr ungelegen. Sonst würde er kaum soviel Energie darauf verwenden, sie zu relativieren.

Die GSoA behauptet nach wie vor, aufgrund der sicherheitspolitischen Veränderungen in Europa könne die Schweiz auf eine Armee verzichten. Offenbar ist weder Jugoslawien noch die politische Krise in Russland für die Anti-Armee-Aktivisten ein Thema. Zwei Flugstunden von uns weg tobt einer der brutalsten Kriege, die Europa je gesehen hat. Ganze Bevölkerungsgruppen eines Staates praktisch ohne reguläre Armee (Bosnien) werden von den serbischen Truppen vertrieben, ausgerottet. Für Gross kein Thema. In Russland kämpft Boris Jelzin, der Garant eines friedlichen Neuaufbaus des gestrauchelten Riesenreiches, um sein politisches Überleben. Die abgehalfterte Funktionsclique der ehemaligen kommunistischen Partei strebt zurück an die Macht. Kenner der Situation befürchten, dass die Apparatschiks auch die Armee einsetzen, wenn ihnen sonst kein Erfolg beschieden sein wird. Für Gross kein Thema.

Die GSoA verkündet lauthals, Abrüstung sei das Gebot der Stunde betreffend Flugzeugen, Beschränkung und Umweltschutz punkto Waffenplätze. Das ist Augenwischerei. Mit den neuen Flugzeugen soll ausgerechnet abgerüstet werden: mit 34 neuen Jets wird die veraltete, rund viermal grössere Hunter-Flotte ersetzt. Ohne Flugzeuge ist die gesamte Armee nicht mehr funktionsfähig. Ein Nein zum Flugzeug ist also auch ein Nein zur Armee.

Auch was die Begrenzung der Waffenplätze angeht, fischt die GSoA im Trüben. Wohl ist das EMD auch der Meinung, dass an und für sich 40 Waffenplätze genug sind. Der Teufel steckt aber auch hier im Detail oder eben im Kleingedruckten der Initiative. Die Armee will etwas für den Umweltschutz tun. Neue Ausbildungsmethoden unter Einsatz von Fahr- und Schiess-Simulatoren sollen mithelfen, die Lärm- und Umweltbelastungen

stark zu vermindern. Simulatoren benötigen indessen spezielle Gebäude. Ausgerechnet diese Gebäude könnten jedoch nicht mehr erstellt werden, wenn die "Initiative 40 Waffenplätze sind genug" angenommen wird.

Beide Initiativen streuen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern Sand in die Augen. Ziel der Initianten ist es nach wie vor, die Armee abzuschaffen. Deshalb verdienen beide Vorlagen am 6. Juni eine deutliche Abfuhr. Gerade nach dem Nein zu Europa und damit dem Bekenntnis zum Alleingang können wir es uns nicht mehr leisten, auf eine kleine aber leistungsfähige Armee, wie es die Armee 95 sein soll, zu verzichten.

Matthias Stadelmann

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Geschäftsstelle Zürich
Postfach 502
8034 Zürich
Tel. 01 382 22 88
Fax 01 383 82 27

Stand: 22. März 1993

Patronatskomitee

Co-Präsidium:

NR	Elisabeth Zölch	(SVP/BE)
SR	Christine Beerli	(FDP/BE)
NR	Otto Hess	(SVP/TG)
NR	Josef Leu	(CVP/LU)
NR	Jean-François Leuba	(LPS/VD)
SR	Gilbert Coutau	(LPS/GE)
SR	Willy Loretan, Dr.	(FDP/AG)
SR	Oswald Ziegler	(CVP/UR)

Mitglieder

Zürich:	Allenspach Heinz, NR, Fällanden	FDP
	Baumberger Peter, Dr., NR, Winterthur	CVP
	Binder Max, NR, Illnau	SVP
	Blocher Christoph, Dr., NR, Meilen	SVP
	Bortoluzzi Toni, NR, Affoltern	SVP
	Cincera Ernst, NR, Zürich	FDP
	Frey Walter, NR, Küsnacht	SVP
	Fritschi Oscar, Dr., NR, Robenhausen	FDP
	Heberlein Trix, NR, Zumikon	FDP
	Hegetschweiler Rolf, NR, Ottenbach	FDP
	Jagmetti Riccardo, Prof. Dr., SR, Zürich	FDP
	Kern Armin, NR, Winterthur	APS
	Maurer Ueli, NR, Wernetshausen	SVP
	Nabholz Lili, Dr., NR, Zollikon	FDP
	Neuenschwander Willi, NR, Oetwil a. d. Limmat	SVP
	Spoerry Vreni, NR, Horgen	FDP
	Vetterli Werner, NR, Uitikon	SVP
Bern:	Aubry Geneviève, NR, Tavannes	FDP
	Bonny Jean-Pierre, NR, Bremgarten	FDP

	Daepp Susanne, NR, Oppligen	SVP
	Hari Fritz, NR, Reichenbach	SVP
	Loeb François, NR, Muri	FDP
	Rychen Albrecht, NR, Lyss	SVP
	Schmied Walter, NR, Moutier	SVP
	Schwab Heinz, NR, Lobsigen	SVP
	Seiler Hanspeter, NR, Ringgenberg	SVP
	Zimmerli Ulrich, Prof. Dr., SR, Gümligen	SVP
	Zwygart Otto, NR, Bolligen	EVP
Luzern:	Aregger Manfred, NR, Hasle	FDP
	Bühler Robert, SR, Luzern	FDP
	Fischer Theo, Dr., NR, Sursee	CVP
	Schnider Theodor, NR, Sörenberg	CVP
	Tschuppert Karl, NR, Ettiswil	FDP
Uri:	Danioth Hans, SR, Altdorf	CVP
	Steinegger Franz, NR, Flüelen	FDP
Schwyz:	Bisig Hans, SR, Lachen	FDP
	Bürgi Jakob, NR, Schindellegi	CVP
	Dettling Toni, NR, Schwyz	FDP
	Frick Bruno, SR, Einsiedeln	CVP
Obwalden:	Blatter Ulrich, NR, Engelberg	CVP
	Küchler Niklaus, Dr., SR, Sarnen	CVP
Nidwalden:	Iten Joseph, NR, Hergiswil	CVP
	Schallberger Peter-Josef, SR, Ennetmoos	CVP
Glarus:	Rhyner Kaspar, SR, Elm	FDP
Zug:	Hess Peter, Dr., NR, Zug	CVP
	Iten Andreas, SR, Unterägeri	FDP
	Kündig Markus, SR, Zug	CVP
	Stucky Georg, Dr., NR, Baar	FDP

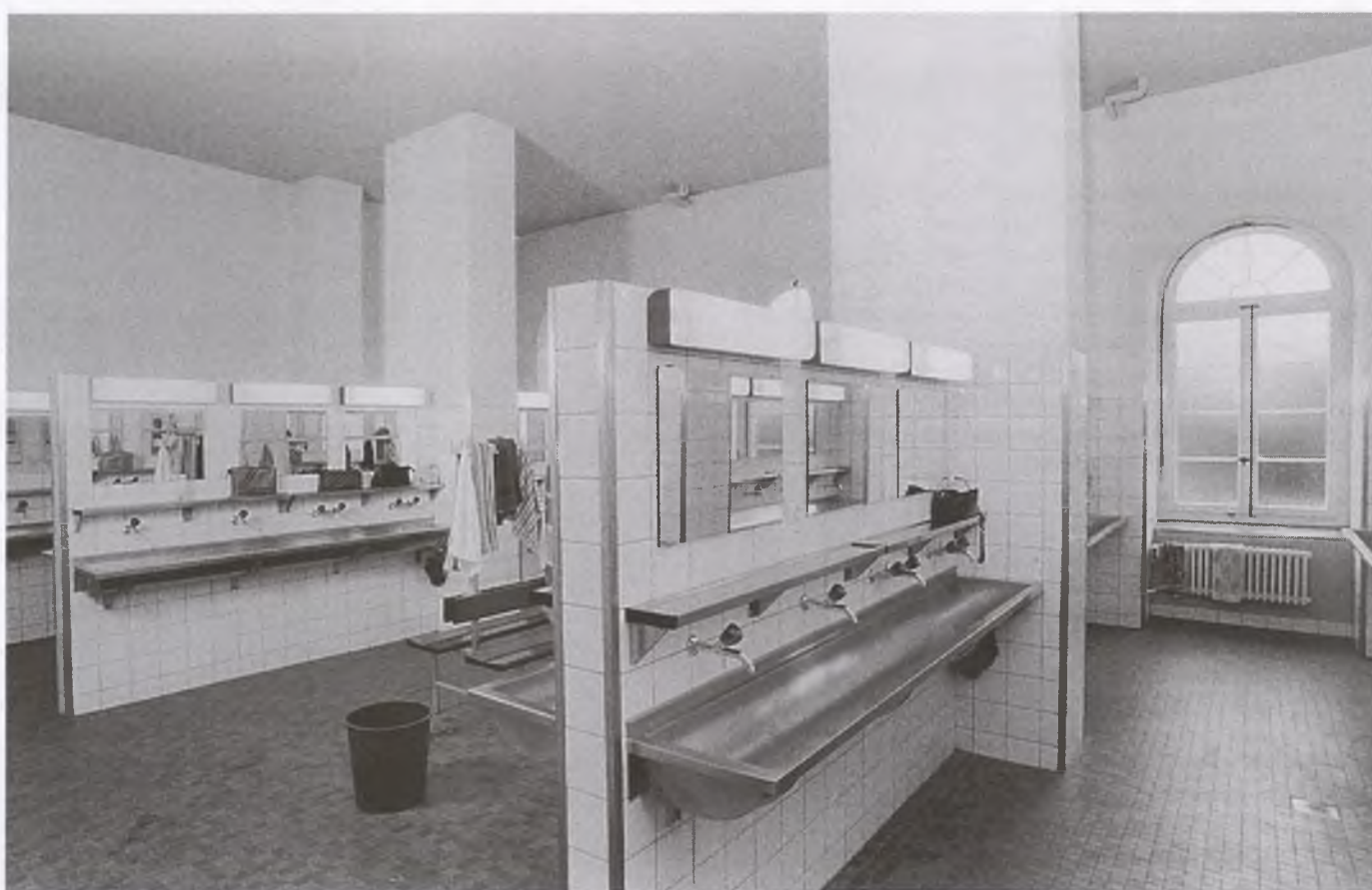
Fribourg:	Cottier Anton, SR, Fribourg	CVP
	Deiss Joseph Prof. Dr., NR, Barberêche	CVP
	Gobet Alexis, NR, Villariaz	CVP
	Philipona Jean-Nicolas, NR, Vuippens	FDP
	Rohrbasser Bernard, NR, Châtel-St-Denis	SVP
Solothurn:	Büttiker Rolf, SR, Wolfwil	FDP
	Jäggi Paul, NR, Hünikon	CVP
	Scheidegger Urs, Dr., NR, Solothurn	FDP
	Simmen Rosemarie, SR, Solothurn	CVP
	Wanner Christian, NR, Messen	FDP
Basel-Stadt:	Eymann Christoph, Dr., NR, Basel	LPS
	Wick Hugo, Dr., NR, Basel	CVP
	Wyss Paul, Dr., NR, Basel	FDP
Basel-Land:	Gysin Hans Rudolf, NR, Pratteln	FDP
	Miesch Christian, NR, Titterten	FDP
	Nebiker Hans-Rudolf, NR, Diegten	SVP
	Rhinow René, Prof. Dr., NR, Seltisberg	FDP
Schaffhausen:	Bührer Gerold, NR, Thayngen	FDP
	Schüle Kurt, SR, Schaffhausen	FDP
	Seiler Bernhard, SR, Thayngen	SVP
Appenzell AR:	Früh Hans-Rudolf, NR, Bühler	FDP
	Schoch Otto, Dr., SR, Herisau	FDP
Appenzell IR:	Engler Rolf, NR, Appenzell	CVP
	Schmid Carlo, SR, Oberegg	CVP
St. Gallen:	Gemperli Paul, SR, St. Gallen	CVP
	Giger Titus, NR, Murg	FDP
	Kühne Josef, NR, Benken	CVP
	Oehler Edgar, Dr., NR, Balgach	CVP
	Ruckstuhl Hans, NR, Rossrüti	CVP
	Rüesch Ernst, SR, St. Gallen	FDP

	Segmüller Eva, NR, St. Gallen	CVP
	Wittenwiler Milli, NR, Wattwil	FDP
Graubünden:	Bezzola Duri, NR, Scuol	FDP
	Bühler Simeon, NR, Tschappina	SVP
	Cavelty Luregn Mathias, Dr., SR, Chur	CVP
	Columberg Dumeni, Dr., NR, Disentis	CVP
	Gadient Ulrich, Dr., SR, Chur	SVP
Aargau:	Bircher Peter, NR, Wölflinswil	CVP
	Fischer Theo, NR, Häggingen	SVP
	Fischer Ulrich, NR, Seengen	FDP
	Giezendanner Ulrich, NR, Rothrist	APS
	Huber Hans Jörg, Dr., SR, Zurzach	CVP
	Keller Anton, Dr., NR, Untersiggenthal	CVP
	Mauch Rolf, Dr., NR, Hirschthal	FDP
	Meier Samuel, Dr., NR, Teufenthal	LDU
	Müller Reinhard, NR, Wiliberg	SVP
	Reimann Maximilian, Dr., NR, Gipf-Oberfrick	SVP
	Stamm Luzi, NR, Baden-Dättwil	FDP
Thurgau:	Mühlemann Ernst, NR, Ermatingen	FDP
	Raggenbass Hansueli, Dr., NR, Kesswil	CVP
	Rutishauser Paul, NR, Götighofen	SVP
	Uhlmann Hans, SR, Bonau	SVP
Tessin:	Cavadini Adriano, Dr., Pregassona	FDP
	Cotti Gianfranco, NR, Locarno	CVP
Waadt:	Berger Jean-Pierre, NR, Dompierre	SVP
	Chevallaz Olivier, NR, Lausanne	FDP
	Friderici Charles, NR, Lully	LPS
	Mamie Philippe, NR, Vallorbe	FDP
	Martin Jacques, SR, Gryon	FDP
	Narbel Jean-Marc, NR, Clarens	LPS
	Perey André, NR, Vuflens-le-Château	FDP
	Pidoux Philippe, Dr., NR, Lausanne	FDP
	Reymond Hubert, Dr., SR, Savigny	LPS
	Sandoz Suzette, Prof., NR, Pully	LPS
	Savary Pierre, NR, Payerne	FDP

Wallis:	Bloetzer Peter, SR, Visp	CVP
	Couchepin Pascal, NR, Martigny	FDP
	Darbellay Vital, NR, Martigny	CVP
	Delalay Edouard, SR, St-Léonard	CVP
	Schmidhalter Paul, NR, Brig	CVP
Neuenburg:	Béguin Thierry, SR, St. Blaise	FDP
	Cavadini Jean, SR, Hauterive	LPS
	Frey Claude, NR, Neuchâtel	FDP
	Guinand Jean, Dr., NR, Neuchâtel	LPS
	Scheurer Rémy, NR, Hauterive	LPS
Genf:	Ducret Dominique, NR, Laconnex	CVP
	Gros Jean-Michel, NR, Satigny	LPS
	Maitre Jean-Philippe, NR, Vérenaz	CVP
	Poncet Charles, NR, Vandoeuvres	LPS
Jura:	Etique Pierre, NR, Bressaucourt	FDP
	Flückiger Michel, SR, Porrentruy	FDP
	Theubet Gabriel, NR, Porrentruy	CVP



Alte Unterkunft in der Kaserne Herisau



Zeitgemässe Waschanlage in der Kaserne Aarau

Diese Fotos sind als reprofähige Halbtonvorlagen erhältlich.
Bestellungen nimmt Frau Eva Schaetti (Tel. 01/382 22 88, Fax 01/383 82 27) entgegen.